

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abdruckverbot für die Reichspost
Verlag des Auer Tageblattes
Verleger: A. Auer
Herausgeber: A. Auer
Redaktion: A. Auer
Druck: A. Auer

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Route Amt Leipzig Nr. 190

Nr. 241

Freitag, den 15. Oktober 1926

21. Jahrgang

Wilhelm II. bleibt in Doorn.

Amsterdam, 12. Okt. In den in der Presse der verschiedensten Länder wiederholt aufgetauchten Meldungen, daß der ehemalige deutsche Kaiser binnen kurzem nach Deutschland zurückkehren beabsichtige, und daß mehrere ausländische Regierungen aus diesem Grunde bei der niederländischen Regierung Schritte unternommen hätten, erfährt der Amsterdamer Berichterstatter des A. T. von zuständiger Stelle, daß bei der niederländischen Regierung weder von der Seite des ehemaligen Kaisers noch von Seiten irgendeiner ausländischen Regierung Schritte mit Bezug auf die Möglichkeit einer Rückkehr des Kaisers nach Deutschland unternommen worden sind.

Bei der niederländischen Regierung ist auch nichts darüber bekannt, daß der ehemalige Kaiser aus Gesundheitsrücksichten nach Doorn verblieben möchte. Insbesondere entspricht es keineswegs den Tatsachen, daß der ehemalige Kaiser oder Beauftragte desselben irgendeine Unterredung mit dem niederländischen Minister des Innern gehabt haben. In amtlichen Kreisen glaubt man zu wissen, daß der Kaiser selbst einer Rückkehr nach Deutschland abgeneigt ist.

Unnötige Aufregung in Paris.

Paris, 13. Okt. Die im Zusammenhang mit der Abtretung des Schlosses in Homburg an die Familie Hohenzollern verbreiteten Gerüchte von einer bevorstehenden Rückkehr des Kaisers nach Deutschland, beschäftigen die französische öffentliche Meinung in wachsendem Maße. Die nationalistische Presse insbesondere ergeht sich in außerordentlich heftigen und ausfallenden Kommentaren, die in einem geradezu lächerlich wirkenden Mißverhältnis zu der absoluten Haltlosigkeit der offenbar in tendenziöser Absicht lancierten Informationen stehen.

Schlimmer ist es aber, wenn Blätter, die, wenn es sich um innere Angelegenheiten Frankreichs handelt, von einer geradezu krankhaften Empfindlichkeit gegenüber jeder ausländischen Kritik sind, Deutschland durch Drohungen einschüchtern zu müssen glauben und darüber offenbar vergessen, daß es sich hier um eine rein innerpolitische Frage handelt, über die das deutsche Volk allein zu entscheiden hat und die jeder fremde Einmischungsversuch nur zu komplizieren vermag.

Prager Pressestimmen über den Eintritt der Deutschen in die Regierung.

Prag, 13. Okt. Das neue Kabinett ist Gegenstand eingehender Presseerörterungen. „Venkov“ stellt fest, daß die Deutschen keinerlei Bedingungen stellen könnten, da sie unmittelbar nach ihrer bisherigen passiven Politik in die Regierung eingetreten seien, wo sie die Forderungen ihres Volkes am Verhandlungstisch geltend machen könnten. Vor der realen Tatsache der Existenz des sudetendeutschen Volkes und der Erkenntnis, daß diese Sudetendeutschen nicht tschechisiert werden könnten, könne man nicht ewig die Augen geschlossen halten.

„Lidove listy“ nennen die neue Situation eine Niederlage der Burgpolitik und der Sozialisten und heben hervor, daß Minister des Aeußeren Benefy Mitglied einer Oppositionspartei sei.

Die sozialistische Presse betrachtet die neue Regierung als eine vorübergehende und beschränkt insbesondere eine arbeiterfeindliche und kulturell reaktionäre Politik, da die katholische Partei in der Regierung die stärkste Gruppe darstelle.

„Rozodni obovozeni“ erklärt, der Eintritt der Deutschen in die Regierung sei eine vollendete Kapitulation der deutschen Irredentepolitik und ein Sieg des tschechoslowakischen Staatsgedankens. Durch die Teilnahme der Deutschen sei allerdings die nationale Frage nicht gelöst. Man könne zweifeln, ob der beschränkte Weg der richtige sei und ob Tschechen und Deutsche psychologisch und politisch für eine gemeinsame Regierung reif seien.

Auffehen erregt die Haltung des Blattes „Cech“, das die Meinung der hohen Kirchenhierarchie vertritt und das Ministerium als das schwächste seit Bestehen der Republik bezeichnet. Im ganzen Kabinett befindet sich kein einziger Vertreter der Arbeiterschaft und des kleinen Mannes. Dieser Umstand sei ein Sargnagel der neuen Regierung.

Die Richterhaft und Kölling.

Erklärung des Staatssekretärs Fritze.

Berlin, 13. Okt. In der heutigen Aussprache des Preussischen Landtages über den Magdeburger Justizfall führte der Staatssekretär des Justizministeriums Fritze aus, die Justizverwaltung sei entschlossen, mit vollem Ernst und größtem Nachdruck gegen Verfehlungen ihrer Beamten einzuschreiten; sie könne dabei auf die verständnisvolle Mitwirkung der Disziplinargerichte rechnen. Der Generallandtagspräsident in Rumburg sei angewiesen worden, im Disziplinarverfahren auf umfassende Aufklärung des Sachverhalts, auch der zunächst unbedeutend erscheinenden Umstände, hinzuwirken. In demselben Sinne habe sich vor wenigen Tagen der Kasseler Richter tag ausgesprochen. Wenn dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Kölling, der Vorwurf parteipolitischer Voreingenommenheit gemacht werde, so sei zwar zuzugeben, daß die Behandlung des Verfahrens durch ihn nur schwer verständlich sei, aber hieraus lasse sich noch nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß bei ihm parteipolitische Voreingenommenheit vorliegen müsse. Der Untersuchungsrichter habe sich in seiner Auffassung festgesetzt, und es sei ihm nicht gelungen, von seinem falschen Standpunkt abzukommen, er sei dann unter der Fülle der gegen ihn erhobenen Angriffe mit seinen Nerven zusammengebrochen. In dem guten Gewissen Köllings zweifle er aber nicht. Es treffe auch, worauf wiederholt hinzuweisen sei, nicht zu, daß das Magdeburger Richterkollegium sich hinter den Landgerichtsrat Kölling stelle.

Zum Schluß nahm der Staatssekretär gegen die Angriffe Stellung, daß die Richter es an Verfassungstreue fehlen ließen. Er wies auf das einstimmige Erkenntnis hin, daß der Kasseler Richter tag zur Verfassung abgelegt habe, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es den vereinten Bemühungen der Richterhaft und Justizverwaltung gelingen möge, das in die Verfassungstreue der Richterhaft gesetzte Mißtrauen auszuräumen.

Die neue Quote für deutsche Auswanderer nach Amerika.

Washington, 13. Okt. In Regierungskreisen schätzt man die neue Einwanderungsquote für Deutsche auf 22 000 gegen bisher 51 227. Da jedoch eine offizielle Festsetzung der neuen Quote weder durch die vom Kongreß dazu bestimmte Kommission noch durch den Präsidenten bisher erfolgt ist, wird erwartet, daß die Festsetzung noch rechtzeitig genug erfolgt, um die diesjährige und die nächstjährige Einwanderung zu decken zu lassen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so wird die Quote des nächsten Jahres der bisherigen gleichen.

Abchluß der Arbeiten des Femeauschusses des Reichstages in München.

Die Vorwürfe gegen Gürtner haltlos.

München, 13. Okt. In der heutigen letzten öffentlichen Sitzung des Femeauschusses des Reichstages gab der Berichterstatter Dr. Lebi folgende Erklärung ab: Aus den Akten war bei mir der Eindruck entstanden, als ob der Schritt des Dr. Gademann bei den Staatsanwälten in Augsburg, der zur Entlassung und schließlich zur Anker-Verfolgung, Sehung der in der Nordische Haltung verdächtigen Personen führte, auf die Initiative des jetzigen Justizministers und damaligen Landgerichtsrats Gürtner zurückgehe. Nach dem Ergebnis der in München stattgehabten Beweisaufnahme sehe ich nicht an, zu erklären, daß sich dieser Eindruck nicht aufrechterhalten läßt, sondern Landgerichtsrat Gürtner lediglich im Auftrage des Justizministers den Vortrag der Staatsanwälte entgegengenommen und an den Justizminister weitergegeben hat.

Wie der Vorsitzende hierauf mittelste, hat der Ausschuss folgende zwei Entschlüsse gefaßt: 1. Im Anschluß an die Erklärung des Berichterstatters Dr. Lebi ist der Ausschuss schon jetzt in der Lage, festzustellen, daß die gegen den Justizminister und ehemaligen Landgerichtsrat Gürtner erhobenen Vorwürfe der Grundlage entbehren. Es ist insbesondere für widersprechend zu erachten, daß der jetzige Justizminister und damalige Landgerichtsrat irgendwelche im Falle Hartung oder im Falle Carels in die schwebende Untersuchung eingegriffen oder seinen Einfluß geltend gemacht hat, um den Fortgang des Verfahrens zu hemmen. 2. Der Ausschuss ist nach Abschluß der Verhandlungen in München noch nicht in der Lage, zu den Strafsachen in den Fällen Sandmeyer, Dabner, Hartung und Carels schon jetzt in eine grundsätzliche Erörterung der wesentlichen Fragen seines Aufgabenzweckes einzutreten, weil die Prüfung des umfangreichen Materials ohne genaues Studium der stenographischen Berichte nicht möglich ist und die Beweiserhebung im ganzen noch nicht abgeschlossen ist.

Der Vorsitzende erklärte nach Verlesung dieser Beschlüsse: Leider können wir nicht feststellen, daß sich unsere Arbeiten vollkommen ungestört und so reibungslos vollzogen haben, wie wir es gewünscht hätten. Wir wollen aber die Vorkommnisse, die unsere Tagung

belaftet haben, nicht allzu tragisch nehmen. Solange die Einrichtung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse bei uns in Deutschland überhaupt noch unstritten ist und Untersuchungsaufgaben wie die unsrigen starken politischen Strömungen in der öffentlichen Meinung begegnen, wird es stets schwer sein, volles Verständnis für die Rechte und Pflichten eines solchen Ausschusses zu finden. So glaube ich auch, daß die unfreundlichen Ermittelungen mehr einer mißverständlichen Einstellung zum Untersuchungsausschuss entsprungen sind als einer Neigung, den Mitgliedern dieses Ausschusses gegenüber, die nur ihrer Pflicht gedient haben, irgend eine Mißachtung zu bezwecken. Die Erwägungen, die dazu geführt haben, die Verhandlungen nach München zu verlegen, und die es angezeigt erscheinen ließen, die Verhandlungen nicht in Berlin abzuhalten, waren Zweckmäßigkeitsbetrachtungen und haben sich im wesentlichen als gerechtfertigt erwiesen. Der Ausschuss kann feststellen, daß es ihm hier möglich war, seine Aufgabe besser und schneller zu Ende zu führen als in der Reichshauptstadt. Zum Schluß danke der Vorsitzende allen Behörden, die den Verhandlungen des Ausschusses in München entgegengekommen sind.

Damit waren die öffentlichen Verhandlungen des Femeauschusses in München beendet. An die öffentliche Sitzung schloß sich eine geheime Sitzung des Ausschusses an.

Ein Antrag der Völkischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag.

München, 13. Okt. Wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros erfährt, hat die Fraktion der Völkischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die gesamten wohl mehrere hunderttausend Mark betragenden Kosten des Femeauntersuchungsausschusses des Reichstages, einschließlich der über Hauptmann Wöhm verhängten Zeugniszwangsstrafe, der Beweiserhebung über angebliche Fememorde und Femeaorganisationen dem Abgeordneten Dr. Lebi und der sozialdemokratischen Partei gesamtverbindlich als den Veranlassern der Kosten aufzuerlegen.

Der persische Generalkonsul in Newyork tödlich verunglückt.

Newyork, 14. Okt. Der vormalige persische Generalkonsul Topkat Khan stürzte gestern aus einem Fenster des 17. Stockwerkes eines Gebäudes gegenüber dem Hauptbahnhof herab und war sofort tot.

Ueberfall auf einen kommunistischen Landtagsabgeordneten.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Richard Schulz wurde gestern nach dem Verlassen des Landtagsgebäudes von zwei Schwestern des sozialdemokratischen Abgeordneten Osterroth, der in der Landtagskammer bei der zweiten Beratung des Hohenzollern-Vergleiches von Schulz tödlich beleidigt worden war, angegriffen und durch Schläge verletzt.

Reise des Reichspräsidenten nach Braunschweig.

Der Reichspräsident begibt sich, wie die Blätter erfahren, am 15. d. M. nach Braunschweig zu einem Besuch der dortigen Regierung.

Die Verringerung der Besatzung.

Ueber die Verringerung der Besatzung im Rheinland erfahren die Blätter: Vom 15. Juli bis zum 15. September ist eine Reduzierung von 4700 Mann eingetreten. Diese Bewegung ist noch nicht abgeschlossen. Am 15. September betrug die Stärke der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet etwa noch 48 000 Franzosen, 8000 Engländer und 7000 Belgier.